

Bericht und Abänderungsantrag

des Rechtsausschusses und des Umweltausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer EntschlieÙung (Beilage 134) betreffend Maßnahmen zur Anpassung an Hitze und Trockenheit (Zahl 22 - 90) (Beilage 160).

Der Rechtsausschuss und der Umweltausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Maßnahmen zur Anpassung an Hitze und Trockenheit, in ihrer 01. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 17. Juni 2020, beraten.

Landtagsabgeordnete Elisabeth Böhm wurde zur Berichterstatteerin gewählt.

Nach ihrem Bericht stellte Landtagsabgeordnete Elisabeth Böhm einen Abänderungsantrag.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der von der Landtagsabgeordneten Elisabeth Böhm gestellte Abänderungsantrag ohne Wortmeldung mehrheitlich (SPÖ und ÖVP gegen FPÖ) angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Umweltausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Maßnahmen zur Anpassung an Hitze und Trockenheit, unter Einbezug der von der Landtagsabgeordneten Elisabeth Böhm beantragten und in der Beilage ersichtlichen Abänderungen, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Eisenstadt, am 17. Juni 2020

Die Berichterstatteerin:
Elisabeth Böhm eh.

Der Obmann des Rechtsausschusses
als Vorsitzender der gemeinsamen Sitzung:
Mag. Christian Dax eh.

*Frau
Präsidentin des Burgenländischen Landtages
Verena Dunst
Landhaus
7000 Eisenstadt*

Eisenstadt, am 17. Juni 2020

Abänderungsantrag

**der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Thomas Schmid,
Kolleginnen und Kollegen zum selbständigen Antrag Zahl 22 - 90, welcher
abgeändert wird wie folgt:**

Der Landtag wolle beschließen:

EntschlieÙung

des Burgenländischen Landtages vom betreffend Maßnahmen zur Abfederung der Folgen von Hitze und Trockenheit

Aktuelle Studien zeigen deutlich, dass es im Zuge des Klimawandels im Burgenland zu einer weiteren Zunahme an Hitzetagen und Trockenperioden kommen wird. Die Niederschlagsereignisse werden seltener, aber gleichzeitig stärker. Obwohl dieser Trend bereits jetzt spürbar ist, gilt es vor allem weiterhin, die globale Klimaerwärmung einzudämmen. Das Land Burgenland hält an der Umsetzung der Klima- und Energiestrategie fest und wird seinen Teil dazu beitragen, um internationale Klimaziele einzuhalten. Gleichzeitig nimmt auch die Anpassung an die genannten Auswirkungen des Klimawandels eine immer wichtigere Rolle ein. Ein Blick auf die besonders von Trockenheit betroffene Region Seewinkel-Neusiedler See ist dabei unumgänglich. Die Region hat in der Vergangenheit zahlreiche Auszeichnungen erhalten, die den Wert dieser besonderen Region widerspiegeln: vom Nationalpark Neusiedler See über diverse Europaschutzgebiete bis hin zur Auszeichnung als Welterbestätte „Fertö – Neusiedler See“.

Die Wasserversorgung im Burgenland ist ein Vorzeigemodell für einen verantwortungsvollen Umgang mit dem kostbaren Gut Wasser. Durch den bereits bestehenden Handwerkerbonus und auch im Rahmen des Burgenländischen Ökoenergiefonds (BOEF) werden bereits Regen- oder Brunnenwassernutzanlagen gefördert und damit ein Anreiz für die Brauchwasser- und Regenwassernutzung geschaffen. Für die Einhaltung von höheren ökologischen Standards und die Umsetzung von klimafreundlichen sowie effizienten Maßnahmen werden auch im Wohnbau noch weitere finanzielle Anreize geschaffen.

Darüber hinaus sind auch stabile Waldbestände ein wichtiger Beitrag für eine intakte Umwelt. Wald und Waldboden sind wichtige Kohlenstoffspeicher, darum soll auch im Sinne des Klimaschutzes die Waldfläche vermehrt werden. Als Anreiz könnte eine Aufforstungsprämie bereitgestellt werden.

Ferner soll durch ein umfassendes Leerstandsmanagement der Verringerung von Bodenkapazitäten Grenzen gesetzt werden. Zusätzlich könnte durch eine Entsiegelungsprämie die Bodenversiegelung weiter reduziert werden.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert:

- im Bereich Wohnbau verstärkt Maßnahmen zur Ökologisierung zu setzen und
- die Einführung einer Entsiegelungsprämie (versiegelte Bodenflächen werden entsiegelt) sowie einer Aufforstungsprämie zu prüfen, um der fortschreitenden Bodenversiegelung entgegenzutreten.